

Konferenz-Resolution

angenommen durch die 13. Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Teilnehmer der Konferenz*, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten, die sich am 30./31. August 2004 in Bergen, Norwegen, versammelten, um die nachhaltige Entwicklung, den Schutz der Meeresumwelt und gemeinsame Belange und Verantwortung in der Ostseeregion sowie die Zukunft der parlamentarischen Zusammenarbeit im nördlichen Europa zu erörtern;

überzeugt von

der Notwendigkeit, dass sich Parlamente gemeinsam auf Ostseefragen konzentrieren müssen, um konkrete Bereiche zu ermitteln, in denen vom Ostseerat, der HELCOM, anderen regionalen Organisationen und nationalen Regierungen Maßnahmen ergriffen werden können, und überzeugt davon, dass nicht nur einzelne Länder sondern auch die internationale Zusammenarbeit und die Region selbst davon profitieren wird;

in Anbetracht

der allmählichen Stärkung der parlamentarischen Dimension in der Ostseeregion und der zunehmenden Anerkennung der Parlamente als Kooperationspartner im Ostseerat;

der Förderung einer Weiterentwicklung regionaler und subregionaler Kooperation durch die Nördliche Dimension und die Europäische Nachbarschaftspolitik;

unter Berücksichtigung

der Tatsache, dass Regierungen und Parlamentarier bei ihrer Zusammenarbeit die von nichtstaatlichen Organisationen gesammelten Erfahrungen bei der Sicherstellung der Beteiligung der Bevölkerung am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben anerkennen und nutzen;

fordern die Regierungen in der Ostseeregion und den Ostseerat auf,

die Partnerschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der öffentlichen Wohlfahrt zu unterstützen und damit die Zusammenarbeit und Koordinierung bei der Verhütung bedeutender Probleme im öffentlichen Gesundheitswesen zu verbessern;

die Schaffung einer Partnerschaft zur Aufklärung über die Auswirkungen der Umwelt auf die öffentliche Gesundheit zu unterstützen;

den Grundgedanken der zivilen Gesellschaft durch die Einbindung nichtstaatlicher Organisationen in den Entscheidungsprozess soweit möglich zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen nichtstaatlichen Organisationen in der Region z.B. durch wirtschaftliche Unterstützung bei der Schaffung internationaler NGO-Netze zu stärken;

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat sowie die HELCOM auf, Maßnahmen zur Minderung der Belastung der Meeresumwelt und zur Bekämpfung der Eutrophierung der Ostsee zu ergreifen, um ein ausgewogenes ökologisches System zu fördern;

die Notwendigkeit einer Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Helsinki-Konvention zu berücksichtigen und unter dem Dach der HELCOM gemeinsame Vorschläge für ergänzende Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit auf der Ostsee zu erarbeiten und dem Unterausschuss für Seesicherheit der IMO (NAV) vorzulegen;

wirksame Schutzmaßnahmen in Bezug auf die entsprechenden Bestimmungen in allen von der Ostseeparlamentarierkonferenz verabschiedeten Resolutionen zum Schutz der Meeresumwelt in der Ostseeregion zu unterstützen;

bitten den Ständigen Ausschuss,

Vorschläge zur Förderung der parlamentarischen Dimension in Zusammenarbeit mit dem Ostseerat und den beteiligten Parlamenten sowie den jeweiligen interparlamentarischen Gremien auszuarbeiten;

Weiterhin

begrüßen die Teilnehmer der Konferenz die freundliche Einladung des litauischen Parlaments, die 14. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28.-30. August 2005 in Vilnius abzuhalten und nehmen sie dankbar an.

* Baltische Versammlung, Bundesrepublik Deutschland, Bundesversammlung der Russischen Föderation, Dänemark, Estland, Finnland, Freie und Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordischer Rat, Norwegen, Parlamentarische Versammlung des Europarats, Polen, Schleswig-Holstein, Schweden, Stadt St. Petersburg, Åland.